

KURZ UND PRÄGNANT

Nicht verwundert

Das Landesamt für Verfassungsschutz soll bei der Beschaffung von technischen Geräten gegen Beschaffungs-Vorgaben verstoßen haben. Dazu der LINKE Innenpolitiker Ralf Kalich: „Das wundert nun wirklich nicht. Wer schon bei der Beschaffung von Informationen keine Scheu kennt und hochgefährliche Neonazis in seinen Dienst stellt, wer sich jeder Kontrolle entzieht und sogar Büros räumt, wenn die Öffentlichkeit von deren Existenz erfährt, der kauft auch Hilfsmittel und Gegenstände unter Umgehung üblicherweise geltender Regelungen. Dennoch ist die Landesregierung gefordert, reinen Tisch zu machen und die Ergebnisse der Revision offenzulegen. Was wurde zu welchem Preis bei wem und wofür gekauft und wie hoch ist gegebenenfalls der für den Freistaat eingetretene Schaden. Im Übrigen bleibt wirklich nur noch, dieses Amt aufzulösen. Warum sollte man einer Institution den Schutz der Verfassung in die Hände legen, die nicht einmal einfachste vergaberechtliche Vorgaben einhalten kann.“ ■

Schutz gewährleisten

Der Gleichstellungsausschuss beschäftigte sich letztmalig in dieser Legislatur mit dem Thema Zwangsprostitution. „Die von uns schon längst konstatierte Lücke im Hilfesystem wurde seitens der Landesregierung bestätigt“, so MdL Karola Stange: „Um Zwangsprostituierte richtig beraten und schützen zu können, brauchen wir eine Fachberatungsstelle in Thüringen.“ Frauen, die von skrupellosen Kriminellen nach Deutschland gelockt oder verschleppt und in die Prostitution gezwungen werden, brauchen eine hochspezialisierte Beratungsstelle, in der sie und ihre Beraterinnen auch geschützt sind. Das lässt sich in offenen Frauenzentrumsstrukturen nicht bewerkstelligen. „Wenn Polizei und Justiz Informationen zu Menschenhändlerringen haben wollen, brauchen wir außerdem Opferschutzprogramme und Abschiebeschutz für die Betroffenen, da sie sonst nicht aussagen werden, um ihr Leben und das ihrer Familien nicht zu gefährden.“ Der Bericht im Ausschuss habe enttäuscht. Die Landesregierung habe keinerlei Zahlen z.B. über die Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes oder die Anzahl der Verurteilungen wegen Zuhälterei oder Menschenhandel vorgelegt. Die Abgeordnete kündigte an, die LINKE bleibe auch in der neuen Legislatur am Thema dran, so sollen die für eine Fachberatungsstelle notwendigen 100.000 Euro in den nächsten Landeshaushalt eingestellt werden. ■

Pleite-Serie stoppen, endlich Sanieren

Bodo Ramelow: Die Entwicklung in Gera darf der Landesregierung nicht egal sein

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN hatte am 3. Juli mit Blick auf die Insolvenz der Stadtwerke Gera AG und den drohenden Insolvenzantrag der Geraer Verkehrsbetriebe erklärt: „Es darf der Landesregierung nicht egal sein, wenn sich die Pleite-Dominokette fortsetzt und sich zu einem Flächenbrand unter öffentlichen Einrichtungen ausbreitet!“

Die Entwicklung in Gera gehe „nicht nur mit einem riesigen Vertrauensschock für öffentliche Betriebe einher, sondern zeigt auch eine hilflose Landesregierung, die die Stadt im Regen stehen lässt“. Bodo Ramelow forderte die Landesregierung auf, „Schaden von Thüringen und Gera abzuwenden und endlich in dieses traurige Geschehen einzugreifen!“

Die finanziell handlungsunfähige Stadt könne Aufgaben dieser Dimension nicht alleine und ohne Hilfe stemmen. „Die Schuldfragen möge man bitte später klären, zuallererst muss jetzt geholfen werden“, so der LINKE-Politiker. Geras Stadtwerke bräuchten keine

Vielzahl von Rechtsanwälten und Insolvenzverwaltern, sondern einen professionellen Sanierer. Offenkundig verstehe die Stadtverwaltung nichts vom Insolvenzrecht und offenbar waren vor der Kommunalwahl die Trompetensignale, dass die Rettung nahe sei, nichts weiter als Wahlkampfgetöse.

„Seit einem dreiviertel Jahr sind die massiven Probleme hinlänglich bekannt“

Was Gera nun gerade nicht gebrauchen könne, sei eine Kakophonie von widersprüchlichen Informationen und Aussagen einzelner Vertreter der Landesregierung, des Stadtoberhauptes, der Stadtverwaltung oder der Geschäftsführungen. Offensichtlich sei aber auch das Management der Anstehenden nicht gewachsen. „Bevor jetzt der Verkehrsbetrieb in Anschlussinsolvenz geht, müssen sich Oberbürgermeisterin und Geschäftsführer im Klaren sein, dass damit die Kunden über die erworbenen Fahrkarten direkt betroffen sein könnten. Jetzt helfen vage Versprechungen nicht mehr weiter,

konsequente Sanierungsschritte für eine Rettung sind notwendig.“ Bodo Ramelow schlug vor, dass die Landesregierung gemeinsam mit der Stadt Gera Maßnahmen ergreife, die die Haushaltssanierung ermöglichen. Hilfsleistungen an die Stadtwerke, begleitet durch Bürgschaften und Patronatsklärungen, seien dringend notwendig. Nur durch eine entsprechende Finanzspritze könne die beantragte Insolvenz der Holding rückabgewickelt werden.

Ein Schritt in die richtige Richtung wäre, die Geraer Wohnungsbaugesellschaft zu 100 Prozent von einem öffentlichen Träger übernehmen zu lassen oder sämtliche Anteile bei der Thüringer Aufbaubank als Pfand zu hinterlegen.

Abschließend hatte der Fraktionsvorsitzende betont: „Was nicht geht, hören wir von der Oberbürgermeisterin, der Landesregierung, der Kommunalaufsicht fortlaufend. Seit einem dreiviertel Jahr sind die massiven Probleme hinlänglich bekannt. Notwendig ist endlich eine Antwort über das, was geht!“ ■

Auftaktveranstaltung des Umweltausschusses zu länderübergreifendem Hochwasserschutz



Im Thüringer Landtag in Erfurt hatten sich am 7. Juli Vertreter der Umweltausschüsse der Länder Bayern, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt zu einer ersten Beratung zu einem gemeinsamen Vorgehen im Hochwasserschutz getroffen. Obwohl der sächsische Ausschuss sowie der Umweltausschuss des Bundestages eine Teilnahme mehrheitlich abgelehnt hatten, waren auch aus diesen Parlamenten Abgeordnete anwesend, unter ihnen der LINKE Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert. Das Treffen war auf Initiative des Thüringer Umweltausschusses erfolgt. „Nachdem die Abgeordneten die Problemlagen und Planungen in ihren Ländern nach dem Jahrhundert-Hochwasser vor einem Jahr umrissen hatten, wurden gemeinsame Beratungsschwerpunkte festgelegt. Ziel soll die Abstimmung der künftigen gesetzlichen Festlegungen zum Hochwasserschutz zwischen den Landesparlamenten sein“, hatte nach der ersten gemeinsamen Sitzung der Vorsitzende des Umweltausschusses im Thüringer Landtag, Tilo Kummer (DIE LINKE) erklärt.

Die nächste Sitzung soll am 17. November in Magdeburg stattfinden. Dort soll es u.a. um die Fragen der Entschädigung der Landwirtschaft nach Überschwemmungen, den Austausch von Hochwasserdaten zwischen den Ländern und Möglichkeiten der Elementarschadensversicherung gehen. Zu den Themen wird es auch Gespräche mit Regierungsvertretern und Experten geben. ■

CDU/SPD-Blockade im Innenausschuss

CDU und SPD haben in der letzten regulären Sitzung des Innenausschusses vor der Landtagswahl die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs der LINKEN zur Reform des Kommunalrechts mit ihrer Mehrheit blockiert, sodass er nicht mehr im Plenum behandelt werden kann und am Ende der Wahlperiode verfällt. MdL Frank Kuschel sprach von einem „weiteren Beleg für den parlamentsunwürdigen Umgang mit der Opposition durch die Regierungskoalition“. Mit dem Gesetzentwurf wollte die LINKE die Verfahren zu Bürgerbegehren und -entscheiden bürgerfreundlicher gestalten und die Rechte der Gemeinde- und Stadträte sowie der Kreistage stärken. Transparenz und demokratische Steuerung und Kontrolle der kommunalen Unternehmen sollten erhöht werden.

„Mit der Blockade wollen CDU und SPD offensichtlich der öffentlichen Debatte über die Weiterentwicklung des Kommunalrechts in Thüringen aus dem Weg gehen“, vermutete der LINKE-Abgeordnete und kündigte an, dass die Fraktion prüfe, „ob eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt wird. Gerade bei der aktuellen Konstituierung der neuen Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistage nach den Kommunalwahlen wird der Reformbedarf im Thüringer Kommunalrecht mehr als offensichtlich. Dies betrifft u.a. die Besetzung der kommunalen Gremien und die Informationsrechte der neu gewählten Mandatsträger.“ ■